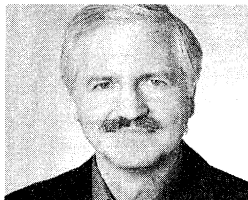


Mehr Bundesräte braucht die Schweiz

von Silvano Moeckli



Silvano Moeckli

Politikwissenschaftler an der Universität St. Gallen und Autor des Buches «Das politische System der Schweiz verstehen»

Bundesratswahlen spielen sich ab im Spannungsfeld von Machtansprüchen und Ausgleich vor dem Hintergrund einer ziemlich diffusen Vorstellung von Konkordanz. Die an der Regierung beteiligten Parteien haben kein gemeinsames Programm. Ja es gibt nicht einmal eine vertragliche Vereinbarung, wie die Regierungssitze auf die Parteien zu verteilen sind. Die Parteien stellen Ansprüche auf Besitzstandswahrung oder auf zusätzliche Sitze, und zuweilen jubeln sie den mitregierenden Parteien Personen unter, die diese gar nicht wollen.

Alles nur Machtkampf? Dies sicher auch. Wäre da nicht ein gewisser Grundkonsens, ein feines Gespür oder sogar eine Überzeugung, dass das Staatswesen nur funktions- und überlebensfähig bleibt, wenn ein dauernder Ausgleich gesucht wird. Ein Ausgleich nicht nur unter den Parteien in Bezug auf die Regierungsbeteiligung, sondern auch ein Ausgleich zwischen den Landesteilen, den Sprachregionen, den Geschlechtern und den Generationen. Nicht nur auf die Fähigkeiten der Kandidierenden kommt es an, sondern auch auf bestimmte Merkmale, für welche die Betroffenen eigentlich nichts können. Soziale Gruppen, welche über die gleichen Merkmale verfügen, fühlen sich durch die Gewählten in der Regierung vertreten und können sich im Staat wiederfinden.

Was bedeutet nun die Wahl von Didier Burkhalter? Es war jene Option, welche das geringste Empörungspotenzial barg. Burkhalter verkörpert den Ausgleich gleich zweifach, durch seinen politischen Stil des Konsens und durch das, was er repräsentiert. Die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates wird nicht ohne Not zwischen zwei Wahlterminen verändert, der Sitz bleibt unbestrittenermassen in der Westschweiz.

Damit wird wohl auch etwas Ruhe in allfällig noch vor 2011 anstehende Erneuerungswahlen gebracht. Nach der Wahl und Nichtwiederwahl von Christoph Blocher und den damit einhergehenden Emotionen waren sowohl die Wahl von Ueli Mauer wie jene von Didier Burkhalter ein Signal vernünftiger Normalität.

Didier Burkhalter erfüllt nicht nur alle Quoren, er bringt auch jene persönlichen Eigenschaften mit, die für das gute Funktionieren einer Kollegialregierung nötig sind. Es braucht im Bundesrat konsens- und teamfähige Personen, Staats-, nicht Parteimänner, Brückenbauer, nicht Spalter. Die Verantwortung für die richtige Selektion dieser Personen liegt bei den

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz eine kleine Regierung, und alle Bundesräte haben immer stärker auch im Ausland präsent zu sein.

Fraktionen und der Bundesversammlung. Institutionell kann man dies nicht regeln. Reformen sind aber möglich und nötig hinsichtlich der Struktur und Zusammensetzung des Bundesrates.

Da wäre zunächst die Zahl der Bundesräte. Man sollte sie von sieben auf neun erhöhen. Damit könnte man nicht nur die parteipolitischen Kräfteverhältnisse besser abbilden, man könnte auch dem Tessin auf Dauer einen Sitz verschaffen. Es gäbe auch mehr personelle Erneuerung. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz eine kleine Regierung, und alle Bundesräte haben immer stärker auch im Ausland präsent zu sein. Verteilt durch neun ergibt für den einzelnen weniger Macht als verteilt durch sieben. Deshalb sperren sich die amtierenden Bundesräte gegen diese Reform. Sie ist wohl nur

durch eine Volksinitiative zu erreichen. Die Amtszeit des Bundespräsidenten sollte auf zwei Jahre verlängert werden. Die multilaterale Kooperation wird immer wichtiger. Wenn auf internationalen Konferenzen von Seiten der Schweiz ständig ein neues Gesicht auftaucht, ist der Aufbau partnerschaftlicher persönlicher Beziehungen kaum möglich. Deswegen müsste man dem Bundespräsidenten aber nicht mehr Kompetenzen geben. Ein zweijähriges Präsidium hätte auch den Vorteil, dass Bundesräte wegen der längeren Wartezeit weniger motiviert wären, im Amt auszuharren, nur um nochmals Bundespräsident zu werden.

Eine weitere Reform wäre weniger institutionell als vielmehr eine Anpassung des Verständnisses von Konkordanz. Die Sitzverteilung im Bundesrat sollte nach jeder Neuwahl zur Disposition stehen. Bis zur Nichtwiederwahl von Ruth Metzler 2003 galt das ungeschriebene Gesetz, dass einmal gewählte Bundesräte wiedergewählt werden, selbst wenn ihre Partei auf Grund des Wähleranteils keinen Anspruch mehr auf diesen Sitz hatte. Diese Auslegung setzt aber für die Parteien den falschen Anreiz, Bundesräte vor einer befürchteten Wahlniederlage auszuwechseln, die Bundesratssitze ungeachtet des Wahlausgangs zu behaupten und auf bessere Zeiten zu hoffen. Sollten die Sitze der Bundesräte Merz und Leuenberger noch vor den nächsten Wahlen mit Personen der gleichen Parteien neu besetzt werden, kann man lange davon reden, 2011 würden die Karten neu gemischt. Es bleibt dann nur noch die Jagd auf den Sitz von Eveline Widmer-Schlumpf.

Sind Nichtwiederwahlen schlimm? Für die Betroffenen gewiss, für das politische System aber nicht. Es ist sogar erwünscht, dass die Kräfteverhältnisse in der Regierung mit jenen im Parlament übereinstimmen. Im internationalen Vergleich ist es völlig normal, dass nach Neuwahlen die Regierung neu zusammengesetzt wird. Mehr noch als strukturelle Reformen braucht die Schweiz eine periodische Erneuerung der Köpfe in der Regierung. Insofern wäre auch eine Amtszeitbeschränkung eine gute Idee.